

A n t r a g

der Fraktion der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

Entschließung

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 18/4300 –

Landeshaushaltsgesetz 2023/2024

Bildungsgerechtigkeit stärken für eine selbstbestimmte und erfolgreiche Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen

I. Der Landtag Rheinland-Pfalz stellt fest:

In Rheinland-Pfalz ist die Bildung von der Kita bis zur Hochschule gebührenfrei, um allen beste Bildungschancen zu ermöglichen. Mit dem vorliegenden Doppelhaushalt tragen wir dazu bei, dass der Bildungserfolg hierzulande immer weniger stark von der sozialen Herkunft abhängt, sondern von den Talenten, Potenzialen und Fähigkeiten der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Unser bildungspolitisches Ziel bleibt, dass Kinder und Jugendliche an rheinland-pfälzischen Schulen auf eine selbstbestimmte Zukunft vorbereitet werden, damit sie ihren Platz in der Gesellschaft finden können.

Für einen möglichst reibungslosen Übergang von der Kindertagesstätte in die Grundschule ist eine systematische Verzahnung wichtig. Eine gute personelle Ausstattung an den Kindertagesstätten ist die Grundlage dafür, dass der Übergang zwischen Kita und Grundschule im Sinne der besten individuellen Förderung und Würdigung jedes Kindes gelingen kann. Unter anderem dank der Einführung der berufsbegleitenden Ausbildung sowie der landesweiten Fachkräftekampagne wird die frühkindliche Bildung auch für die Zukunft gut aufgestellt sein. Gleichzeitig müssen jedoch Anerkennung und Vertrauen in ein gesundes, belastbares Arbeitsumfeld noch stärker in den Blick genommen werden.

Die Einschränkungen durch die Corona-Pandemie haben gezeigt, wie wichtig es für Bildungsgerechtigkeit ist, die Zugänge zu Bildung für alle Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene niedrigschwellig zu halten und jede und jeden Einzelnen möglichst individuell zu fördern. Dies zeigen auch Studien, denen zufolge bundesweit noch viel Engagement nötig ist, um die Leistungsschere zwischen Kindern aus bildungsnahen und bildungsfernen Elternhäusern zu schließen. Deshalb hat das Land frühzeitig mit dem Ausbau der Ganztagschulen begonnen, um allen Kindern und Jugendlichen den Bildungserfolg zu ermöglichen. Den Weg als Land der Ganztagschulen gehen wir im vorliegenden Doppelhaushalt weiter. Um die ganzheitliche und individuelle Förderung der Schüler:innen zu stärken und Lehrkräfte bei ihrer Arbeit zu unterstützen, wird die Schulsozialarbeit sowie der Einsatz von multiprofessionellen Teams verstärkt. Mit Landesmitteln fördern wir Feriensprachkurse und Qualifizierte Hausaufgabenhilfe,

um die Lern- und Bildungschancen für Kinder und Jugendliche mit Migrationsgeschichte weiter zu verbessern. Vor dem Hintergrund der in diesem Jahr zu uns geflüchteten jungen Menschen, insbesondere aufgrund des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine, ist dies umso wichtiger.

Wir erleben eine zusammenhaltende, empathische Schulgemeinschaft, die sich kümmert, fördert und auffängt. Die essenzielle Arbeit unserer hochqualifizierten Lehrkräfte ist dabei für den individuellen Fortschritt von zentraler Bedeutung. Deshalb wird mit dem vorliegenden Doppelhaushalt die Zahl der Planstellen an den Schulen weiter erhöht und Schule als Lern- und Lebensort gestärkt. Übergreifende Ziele in der Bildungspolitik sind die Gewinnung von Fachkräften und die Stärkung der Unterrichtsversorgung. Hierfür schaffen wir mit dem Studienstandort zur Ausbildung von Förderschullehrkräften in Koblenz eine zusätzliche Struktur, die hierzu ebenso beiträgt, wie die bereits erfolgte Stärkung im Grundschulbereich, etwa durch die Etablierung des spezifischen Studiengangs an der Universität Trier.

Der Schulentwicklungsprozess „Schule der Zukunft“ verspricht mit seinen hundert Aktiven weitere Impulse, die eine Stärkung der Rahmenbedingungen für guten Unterricht und Teilhabe aller ermöglichen. Mit dem ebenfalls neu eingerichteten zentralen digitalen Kompetenzzentrum wird das schulische Lehren und Lernen im digitalen Raum gestärkt und alle Beteiligten werden aus einer Hand unterstützt.

Wir nehmen die Ergebnisse von Studien wie dem aktuellen IQB-Bildungstrend ernst. Zwar haben die rheinland-pfälzischen Unterstützungsprogramme und Maßnahmen für Kinder und Jugendliche sowie Lehrkräfte trotz schwieriger Zeiten Wirkung gezeigt, dennoch werden weitere Mittel gezielt zur Stärkung der Kernkompetenzen eingestellt. Denn nur Kinder und Jugendliche, die flüssig und anstrengungslos Lesen, Schreiben und Rechnen können, haben die besten Voraussetzungen, um ihren Lebensweg selbstbestimmt und erfolgreich zu gestalten.

Wir stehen für die Gleichwertigkeit von beruflichen und akademischen Bildungsgängen, das bedeutet, dass allen dauerhaft alle Wege offenstehen. Mit zusätzlichen Mitteln für die Berufsorientierung stärken wir die Gleichwertigkeit und Durchlässigkeit nochmals deutlich.

Die Arbeit an rheinland-pfälzischen Kitas und Schulen wird auch in Zukunft von Chancengerechtigkeit, Inklusion, Multiprofessionalität und individueller und ganzheitlicher Förderung im Sinne jedes Kindes geprägt sein. Hierfür braucht die Schule als zeitgemäßer Lebens- und Lernort weiterhin angemessen Lernräume, eine gute digitale Ausstattung sowie engagierte Lehrkräfte. So werden an den Schulen neugierige, selbstbewusste, und empathische Kinder und Jugendliche lernen und gefördert. Mit dem vorliegenden Doppelhaushalt unterstützen wir Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene bei ihrer Vorbereitung auf eine selbstbestimmte und erfolgreiche Zukunft.

II. Der Landtag begrüßt,

- dass in Rheinland-Pfalz die Gebührenfreiheit von der Kita bis zur Hochschule dauerhaft festgeschrieben ist, um die Grundlage für Bildungsgerechtigkeit aller Kinder, Jugendlicher und junger Erwachsener zu legen;
- dass sich die Landesregierung im Rahmen ihrer breiten, landesweiten Fachkräftekampagne für die Fachkräftegewinnung an Kitas einsetzt sowie mit der Schaffung einer berufsbegleitenden Ausbildung die Attraktivität steigert;
- dass an den rheinland-pfälzischen Schulen weitere 660 Stellen geschaffen werden und so eine gute Unterrichtsversorgung ebenso wie attraktive Einstellungsperspektiven gewährleistet sind;
- dass nach den Corona-Pandemie-Einschränkungen an den Grundschulen die Schüler:innen in Rheinland-Pfalz stabile Ergebnisse erzielt haben und deshalb auch weiterhin ein besonderer Fokus auf der gezielten Förderung der Kernkompetenzen Lesen, Schreiben und Rechnen liegt;
- dass mit der Initiative „Schule der Zukunft“ ein vielschichtiger, partizipativer

Schulentwicklungsprozess angestoßen wurde und die gesammelten Erfahrungen und Erkenntnisse dauerhaft in die Arbeit an den Schulen einfließen können;

- dass die Berufs- und Studienorientierung an den Schulen im Rahmen von verschiedenen Maßnahmen weiter gestärkt und im Rahmen der Tage der Berufs- und Studienorientierung schulartunabhängig gleichermaßen über duale Ausbildung und Studium informiert wird;
- die fortlaufende Unterstützung des zentralen digitalen Kompetenzzentrums beim Pädagogischen Landesinstitut sowie der regionalen digitalen Kompetenzzentren in der Fläche, um die Vernetzung, Vermittlung und das Verständnis für die digitale Bildung zu stärken.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- flächendeckend für eine systematische Verzahnung des Übergangs von der Kita in die Grundschule zu sorgen;
- den Ausbau der Schulsozialarbeit, der in die Zuständigkeit der Jugendämter/örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe fällt, weiter intensiv zu begleiten und weiterhin finanziell zu fördern;
- bei allen Entwicklungen im Kita- und Schulbereich Inklusion konsequent mitzudenken und so die gleichberechtigte Teilhabe von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung voranzutreiben;
- die bestehende Sonderschulordnung zu novellieren, sodass in Zukunft eine moderne Inklusionsverordnung handlungsleitend für Inklusion in Rheinland-Pfalz ist;
- die Chancen der Digitalisierung für individuelle Förderung weiter herauszustellen, sodass digitalgestützter Unterricht in allen Schulformen mehr und mehr zur Normalität wird;
- zu überprüfen, wie der begonnene Weg zur Entlastung von Leitungspersonal in Schulen und Kitas fortgesetzt und intensiviert werden kann;
- die Lehrkräfte in ihrer Arbeit weiter zu unterstützen, eine gute Unterrichtsversorgung sicherzustellen und dafür Sorge zu tragen, dass der Vertretungspool, der es ermöglicht, Vertretungslehrkräfte auf Planstellen einzustellen, weiterhin gut ausgestattet ist;
- mit der Novellierung der Schulbaurichtlinie zügig fortzufahren, um die Schule als Lern- und Lebensort auch baulich zu stärken.

Für die Fraktion
der SPD:
Martin Haller

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Pia Schellhammer

Für die Fraktion
der FDP:
Marco Weber